

# WEGE AUS DER PLASTIKKRISE

## FORDERUNGEN DER DEUTSCHEN ZIVILGESELLSCHAFT



Wege aus der Plastikkrise  
c/o HEJSupport e.V. | Von-Ruckteschell-Weg 16 | 85221 Dachau

An die Teilnehmer\*innen der Sondierungsgespräche und  
Koalitionsverhandlungen von Bündnis 90/Die Grünen

Oktober 2021

### Plastik als zentrales Thema im Koalitionsvertrag benennen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den kommenden Wochen ist Ihre Partei an Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung beteiligt. Die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen möchten im Hinblick auf den Koalitionsvertrag auf die dringende Notwendigkeit von verbindlichen Regulierungen und zukunftsweisenden Maßnahmen zur Lösung der sich weiter zuspitzenden Plastikkrise hinweisen. Es ist unbedingt notwendig, Plastik als zentrales Thema im Koalitionsvertrag zu benennen, um in der nächsten Legislaturperiode eine Grundlage für die weitere Arbeit der Bundesregierung zu schaffen.

Die ungebremst wachsende Kunststoffproduktion aus Erdöl und zunehmend auch US-Fracking-Gas trägt signifikant zur Klimakrise bei. Gefährliche Inhaltsstoffe aus Plastik belasten unsere Gesundheit. Schadstoffe erschweren das Recycling. Und statt ernst gemeinter Vermeidungsmaßnahmen und eines hochwertigen Recyclings sind Verbrennung, Downcycling und Exporte ins Ausland die dominanten Entsorgungswege für Plastikmüll – um nur einige der Probleme zu nennen, die Plastik entlang der gesamten Lieferkette verursacht.

Setzen Sie sich in der kommenden Legislaturperiode für Lösungen zur Plastikkrise ein, entlang des gesamten Lebenszyklus von Plastik, und schreiben Sie diese im Koalitionsvertrag nieder! Schützen Sie Klima, Umwelt und Verbraucher\*innen, indem Sie die Produktion von Einwegplastik drastisch reduzieren und sicherstellen, dass Produkte und Verpackungen alle Erfordernisse für eine schadstofffreie, klima- und ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft erfüllen. Setzen Sie dabei konsequent auf Herstellerverantwortung und eine transparente Informationsvermittlung entlang des gesamten Plastik-Lebenszyklus.

Kontakt

**Wege aus der Plastikkrise**

Carla Wichmann (Kordinatorin)

c/o HEJSupport e.V., Von-Ruckteschell-Weg 16, 85221 Dachau | [carla.wichmann@exit-plastik.de](mailto:carla.wichmann@exit-plastik.de)

[www.exit-plastik.de](http://www.exit-plastik.de)

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

GREENPEACE

hej!support  
health · environment · justice

SURFRIDER  
FOUNDATION EUROPE



Women Engage for a Common Future



Unter anderem sollten in der kommenden Legislaturperiode folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

### **EU-Plastiksteuer zur Plastikreduktion nutzen**

Die EU-Plastiksteuer sollte in der nationalen Umsetzung als wirksames Instrument zur Vermeidung von Verpackungsmüll, Verbesserung der Recyclingfähigkeit von Verpackungen und Förderung des Einsatzes von Recyclingmaterial ausgestaltet werden. Um eine echte Lenkungswirkung zu entfalten, muss die Plastiksteuer auf die Produzenten und Inverkehrbringer von Plastikverpackungen umgelegt werden. Die Bemessung der Steuer sollte den Rezyklatanteil und die Recyclingfähigkeit miteinbeziehen. Hersteller von recyclingfähigen Verpackungen mit wenig Neumaterial sollten durch Abschläge begünstigt werden. Für den Einsatz von Neumaterial sollten zwei Euro pro Kilogramm Kunststoff gezahlt werden, damit neu produziertes Plastik sich nicht mehr rechnet. Durch Kopplung an eine Ressourcensteuer können erwartbare Substitutionseffekte, wie der Ersatz durch Einwegpapier- oder Aluminiumverpackungen, vermieden werden.

### **Mehrweg und unverpackt den Vorrang geben**

Mehrweg muss im End-Kund\*innen-Bereich, im Handel zwischen Unternehmen und im Online-Handel als Standard etabliert werden. Es bedarf eines flächendeckenden und gezielten Auf- und Ausbaus von Mehrweginfrastrukturen, die durch geeignete Rahmenbedingungen gefördert und konsequent bevorzugt werden müssen. Für diesen Systemwechsel müssen größere Investitionen bereitgestellt werden, um Systeme zu entwickeln, die keine oder Mehrwegverpackungen forcieren sowie kurze Lebensmittelversorgungsketten zwischen ländlichen und urbanen Gebieten umfassen. Dazu gehören verbindliche Mehrwegquoten in allen drei Bereichen, mit ambitionierten Zwischenzielen und einem frühzeitig wirkenden Sanktionssystem. Grundsätzlich muss Mehrweg günstiger sein als Einweg, was durch eine zweckgebundene Lenkungsabgabe auf Einwegartikel wie To-Go-Getränkebecher erreicht werden kann.

### **Produktion von nicht recyclebarem und schädlichem Plastik stoppen**

Kunststoffe wie PVC, die nicht recycelt werden können, sollten nicht weiter hergestellt und in Verkehr gebracht werden. Stattdessen sollten klima-, umwelt- und gesundheitsfreundliche Alternativen gefördert werden, einschließlich Alternativen aus Nicht-Plastikmaterialien.

### **Schadstoffe aus Plastikprodukten und -verpackungen verbannen**

Verbraucher\*innen und die Umwelt müssen vor gesundheitsgefährdenden Zusatzstoffen in Plastik geschützt werden. Das Vorsorgeprinzip muss hierbei konsequent angewendet und ein besonderes Augenmerk auf besonders gefährdete Gruppen, wie Schwangere und Kinder, gelegt werden. Auf nationaler Ebene brauchen wir insbesondere ein schnelles Verbot von hormonell wirksamen Substanzen (EDCs) und den extrem persistenten und bedenklichen per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS). Auf EU-Ebene muss sich Deutschland für die rasche Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie einsetzen. Die Transparenz über die Inhaltsstoffe in Plastikprodukten und -verpackungen muss entlang der gesamten Lieferkette gegeben sein. Zusatzstoffe wie Weichmacher, Stabilisatoren, Flammschutzmittel, UV-Filter, Füllstoffe und weitere gefährliche Chemikalien sollten auf ein Mindestmaß begrenzt oder verboten werden.

### **Einsatz von Mikroplastik verbieten**

Die Bundesregierung muss ein nationales Sofortverbot für den Einsatz von Mikroplastik (sowohl feste als auch flüssige Polymere) in Kosmetik- und Reinigungsprodukten erlassen. Zudem muss sich Deutschland auf EU-Ebene massiv für die ambitionierte Umsetzung des ECHA-Vorschlags zur Beschränkung von Mikroplastik in zahlreichen Produktkategorien einsetzen. Es gilt die Beschränkung schnell, ohne Ausnahmen und unabhängig von Sektor und Zusammensetzung der diversen verwendeten Polymere in einem breiten Geltungsbereich zur Anwendung zu bringen. Es darf keine ungerechtfertigt langen Übergangsfristen geben, die die positive Umweltwirkung unnötig hinauszögern.

### **Ganzheitliches internationales Plastikabkommen befördern**

Wir begrüßen Deutschlands befürwortende Haltung zu einem internationalen Plastikabkommen und die geleistete Koordination mit anderen Staaten. Wir halten die künftige Bundesregierung an, an diesem Kurs festzuhalten und weiterhin maßgeblich auf ein ganzheitliches internationales Plastikabkommen hinzuarbeiten, welches den gesamten Lebenszyklus von Plastik berücksichtigt und insbesondere die Reduktion der Plastikproduktion in den Blick nimmt.

Schnelles und bestimmtes Handeln ist erforderlich, um der massiven Gefährdung von Mensch, Umwelt und Klima durch Plastik entgegenzuwirken. Wir bitten Sie deshalb, die Umsetzung unserer zivilgesellschaftlichen Forderungen zur Lösung der Plastikkrise in der kommenden Legislaturperiode zur Regierungsaufgabe zu machen und entsprechende Maßnahmen im Koalitionsvertrag festzuschreiben.

Die Gesamtheit unserer Forderungen finden Sie im Anhang sowie unter [www.exit-plastik.de/forderungen](http://www.exit-plastik.de/forderungen). Gerne würden wir nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen mit Ihnen in den Dialog treten. Für Rückfragen stehen wir gerne bereit.

Mit freundlichen Grüßen

die Mitglieder des Bündnisses "Wege aus der Plastikkrise"



[www.exit-plastik.de](http://www.exit-plastik.de)